



29.3.2023

Aktualisierte Fassung! Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist heute 15,30 Uhr.

Regionalversammlung am 29.03.2023, Hospitalhof, „Herausforderungen der Transformation“, Rede des Fraktionsvorsitzenden Andreas Hesky –

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Bopp,
sehr geehrter Herr Regionaldirektor Dr. Lahl,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Gelingen der Transformation ist eine Schicksalsfrage für unsere Region. Daher müssen alle Beteiligten ihre Beiträge leisten, um ein transformationsfreundiges Klima in der Region Stuttgart zu gewährleisten.

Dabei fangen wir nicht bei null an. Die Unternehmen haben längst erkannt, wohin die Reise geht und sind aktiv unterwegs. Wer heute ein konkurrenzfähiges E-Fahrzeug möchte, kann mit gutem Gewissen sagen: Warum in die Ferne schweifen, das Gute liegt so nah!

Ein besonderes Lehrstück konnte man vergangene Woche erleben, mit den Verhandlungen der Bundesregierung mit der Europäischen Union zum „Verbrenner-Aus“ und den Streit um E-Fuels. Wir Freien Wähler können auch andere loben. Auch Parteien und deren Mitglieder.

Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir die Anstrengungen von Verkehrsminister Hermann schätzen, E-Fuels in unserer Region, in unserem Land und in der Europäischen Union eine Zukunft zu geben. Schließlich ist Technologieoffenheit für die Transformation essentiell.

Seine Teilnahme an der Inbetriebnahme der E-Fuels Erzeugungsanlage in Chile war ein wichtiges Zeichen für den Automobilstandort Deutschland, vor allem auch für die Region Stuttgart.

Dabei kann man sicher sein, dass die Automobilindustrie dies nicht als Zeichen der Abkehr vom voll-elektrischen batteriebetriebenen PKW betrachten wird. E-Fuels sind kein Innovationshemmnis. Sie sind ein Beitrag, um Wertschöpfung zu sichern, Forschungs- und Entwicklungskosten nicht in den Sand zu setzen und sie sind ein Baustein, um die Klimaneutralität der Kfz-Bestandsflotte zu erreichen.

Und nun kommt das zweite Lob des Tages für einen Parteipolitiker: Herrn Verkehrsminister Wissing zollen wir ebenso unseren Respekt für sein Eintreten auf europäischer Ebene. Dort konnte Minister Hermann nicht punkten, da seine Partei auf Bundesebene nicht so tickt wie er, da in Berlin die Bedeutung der Automobilindustrie wohl nicht so hautnah zu spüren ist wie bei uns.

Wir sind daher zufrieden mit dem Ergebnis. Ob das Vertreten der Deutschen Interessen in Brüssel nun die Haltungsnote 1 bekommt oder eher Luft nach oben lässt, das betrachten wir nach dem Motto: Das Ergebnis zählt.

Noch eine weitere Lehre kann aus der Brüssel-Diskussion zum Verbrenner-Aus gezogen werden: Deutschland muss selbst auf seine Bedürfnisse achten und bekommt von anderen Ländern in der EU nichts geschenkt. Wer meinte, die anderen europäischen Länder wissen, dass sie von einem Gutteil eines funktionierenden Wirtschaftsstandorts Deutschland leben, reibt sich verwundert die Augen.

Man sägt munter am Ast der Automobilwirtschaft, obwohl sie einen maßgeblichen Anteil an der Leistungsfähigkeit Deutschlands und von anderen EU-Staaten zur Finanzierung deren Beiträge für die EU erwirtschaftet. Von den 3,4 Millionen Arbeitsplätzen im Automobilbereich in Europa gar nicht zu sprechen, davon allein 800.000 in Deutschland.

Die Bestrebungen, Batterieproduktion auch in Deutschland anzusiedeln, seltene Erden zu ersetzen oder auch bei uns zu fördern, wie im Oberrheingraben, sind genau richtig, um Arbeitsplätze zu sichern und die Abhängigkeit von Dritten zu reduzieren. Nur zu beziehen, sichert keine Technologie - Forschung, Entwicklung und Produktion sind es, die wir hier bei uns brauchen.

Keine Frage, die Automobilindustrie muss den Weg der Dekarbonisierung weitergehen. E-Fuels sind dabei eine Brückentechnologie und vor allem eine Perspektive für die Verbrenner, die noch einen langen Weg der Umstellung vor sich haben, wie beispielsweise Schiffsmotoren, Flugzeugturbinen, Generatoren oder auch Spezialfahrzeuge. Aber auch dort wird die Transformation nicht Halt machen. Es wird nur dauern, bis die Technologie zur Verfügung steht.

Auch andere Branchen stehen vor der Herausforderung der Transformation. Der Green Deal beschränkt sich nicht auf den Fahrzeugbau. Energieerzeugung, Heizungen, Klimatechnologie, Rechenzentren, die Lebensmittelindustrie und auch die Landwirtschaft -

die Aufzählung ist nicht abschließend - stehen vor Umbrüchen, auch sie müssen wir als Region begleiten.

Wir Freien Wähler machen die Unterstützung des Green Deals nicht von Fördergeldern abhängig. Die Kosten und Anstrengungen für eine dekarbonisierte Wirtschaft und um klimafreundlich zu produzieren, sind hoch. Aber sie lohnen!

Denn eine klimaneutrale Produktion sichert Wettbewerbsfähigkeit, weltweitweit - und bei uns Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Erfolg.

Daher lehnen wir den eingebrachten Änderungsantrag ab. Über eine Regionalkonferenz kann man mit uns reden, aber dann zu den Chancen und Perspektiven des Green Deals für die Region Stuttgart - wir brauchen Aufbruchstimmung und dürfen nicht den Eindruck erwecken, in der Schmollecke zu sitzen.

Wir Freien Wähler setzen auf das Knowhow, auf Ingenieurswissen, auf gute Fachkräfte und auf Tüftlergeist, der in unserer Region zu Hause ist, und wir vertrauen in die Stärke der Wirtschaft. Sie hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie Transformation kann und dass sie auch die Mittel dazu hat. Diese sind nicht grenzenlos, sondern benötigen jetzigen wirtschaftlichen Erfolg, um künftigen zu sichern. Denn Forschung und Entwicklung sind nicht zum Null-Tarif zu haben.

Daher ist es gut, dass die Unternehmen die Politik hinter sich wissen. Mit schönen Worten ist es dabei nicht getan, an den Taten sollt ihr sie messen.

Wir Freien Wähler setzen deshalb darauf, dass uns die Politik auf Landes- und Bundesebene gut vertritt, die Bedürfnisse sieht und in das politische Handeln umsetzt.

Daher danken wir für Ihren Bericht, geschätzter Herr Ministerialdirektor Kleiner. Er war informativ und Anstöße gebend. Ihre Ausführungen haben gezeigt, dass die baden-württembergische Landesregierung mit der Region und den Unternehmen verbunden und bereit ist, für sie durch das europäische Feuer zu gehen.

Es ist auch gut, dass wir uns auf eigene Stärken besinnen und keine Diskussion aus niedrigen Beweggründen führen, die im Neid auf anderen Regionen basieren könnte, die in der EU vermeintlich besser bedient werden.

Seien wir froh, dass Baden-Württemberg einen entscheidenden Vorteil gegenüber anderen Transformationsregionen hat: Unsere Wirtschaft kann transformiert werden und geht den Weg bereits. Wir sind in der herausfordernden aber durchaus komfortablen Situation, eine Perspektive zu haben.

Andere Transformationsregionen haben diese kaum. Die Dekarbonisierung der Braunkohle ist so ähnlich wie die Quadratur des Kreises.

Baden-Württemberg steht nicht in der Gefahr, das Schicksal des Ruhrgebiets zu teilen, das ein Erinnerungsort an den Abbau der Steinkohle ist. Mobilität kann und wird auch weiterhin in Baden-Württemberg gemacht.

Lassen Sie mich daher noch den Fokus auf die Regionalpolitik und die Vorlage richten. Natürlich wird meine Fraktion geschlossen dem Beschlussvorschlag zustimmen, weil wir den Green Deal unterstützen, die Regierungen in Land und Bund bitten, sich für die Transformationsregion Stuttgart stark zu machen und Fördermittel zu akquirieren.

Aber wir wollen nicht nur andere auffordern, sondern auch selbst „Transformation gestalten und

begleiten“. Die Vorlage zeigt auf, was es dazu braucht, sie gefällt uns ausgesprochen gut.

Wir Freien Wähler loben heute nicht nur Politiker, sondern auch die Regionalverwaltung samt Wirtschaftsförderung, da Ross und Reiter genannt werden und geschrieben steht was auch unsere Überzeugung ist: Für das Gelingen der Transformation fehlt es in der Region an Wohnraum und Gewerbeflächen. Genau! Unsere Rede seit Jahren!

Jeder soll das tun, was er kann. Hier sind die Regionalversammlung aber auch die Kommunen gefordert. Rahmenbedingungen schaffen und verbessern, das Innovations- und Transformationsklima in der Region fördern. Unternehmen eine Heimat bieten, in der sie wirtschaftlich erfolgreich sind. Heute und morgen!

Das ist genauso wenig ein leichter Spaziergang wie die Arbeit bei der EU oder in Bund und Land, sondern ein steiniger aber lohnender Weg, mit dem Ziel, den Wohlstand und den sozialen Frieden in unserer Region und europaweit mit zu sichern, klimaneutral, mit Arbeitsplätzen in einer CO²-neutralen Industrie, die wirtschaftlich erfolgreich ist.

Das ist unsere Vision für unsere Region, für die wir uns weiterhin einsetzen werden.

Fraktionsvorsitzender und für den Rems-Murr-Kreis

Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen

andreas.hesky@outlook.de

+49 151 18048008

Pressebeauftragter der Fraktion

Oberbürgermeister a.D. Alfred Bachofer

Im Gänslesgrund 10

72622 Nürtingen

Fon 07022/47 09 09

Mail alfred@bachoferonline.de

www.freiewahler.de